



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Die ersten hundert Tage Donald Trumps im Amt sind weiter von Volatilität und erratischen Entscheidungen gekennzeichnet. Einen dauerhaften „Trump-Flüsterer“ scheint es nicht zu geben. Auch wird die Frage laut, wie sich sein Verhalten auf die Zukunft der Republikanischen Partei auswirken wird.
- Die angespannte Weltlage und der angedrohte Entzug der amerikanischen Unterstützung lassen die Forderungen nach einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und der Aufrüstung der Streitkräfte lauter werden. Dies ist aber nicht mit einer Militarisierung gleichzusetzen.
- Diskutiert werden Rezepte zur Stärkung der „politischen Mitte“ sowie zu einer inhaltlichen Erneuerung des Konservatismus und des Liberalismus zur Positionierung in der Auseinandersetzung mit populistischen Kräften.
- Das Gedenken an das Kriegsende vor 80 Jahren setzt auch wieder eine Debatte über den Umgang mit der Erinnerung in Gang.
- US-Vizepräsident JD Vance, der 2019 zum Katholizismus konvertierte, sowie die Wahl von Papst Leo XIV. werfen ein Schlaglicht auf die Rolle der katholischen Kirche in den USA.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Trump 2.0	2
In der Debatte: Krieg und Frieden	5
In der Debatte: Politische Strömungen und die „politische Mitte“	7
In der Debatte: Erinnerungskultur.....	11
In der Debatte: Die katholische Kirche in den USA.....	13
Rezensionen	14
Impressum.....	19

In der Debatte: Trump 2.0

David Brooks, früher Republikaner, heute Demokrat wider Willen, setzt sich im *Atlantic*¹ mit dem Niedergang seiner Partei und den von ihr bislang vertretenen Werten auseinander: „George Orwell is a useful guide to what we’re witnessing. He understood that it is possible for people to seek power without having any vision of the good.“ Seit seinem erneuten Amtsantritt habe Trump nur versucht, allen möglichen Personen und Institutionen Schaden zuzufügen, frei nach dem Motto: „Morality is for suckers. The strong do what they want and the weak suffer what they must.“ Schon immer habe es in der Republikanischen Partei zwei Richtungen gegeben, die konservative, deren Anhänger auch Freundschaften ins liberale Milieu pflegten, und die reaktionäre, der es immer nur darum gegangen sei, die liberale Linke zu attackieren. Die MAGA-Elite sei zwar mit den Stimmen der Arbeiterklasse an die Macht gekommen, kümmere sich aber nicht um die Arbeiterklasse und die Verbesserung von deren Lebensbedingungen. Stattdessen fokussiere man sich auf den Kampf mit der linksliberalen Elite und versuche, diese Vertreter aus Institutionen in der Wissenschaft, der Entwicklungshilfe, dem Kennedy Center, dem Bildungsministerium oder den Universitäten zu vertreiben. Der Trumpismus zeichne sich durch das Streben nach weltlicher Macht aus, das Bekenntnis zum Christentum sei rein formelhaft. Der Trumpsche Nihilismus habe den Konservatismus ausgehöhlt. Die Leute in dieser Regierung seien keine Konservativen, denn deren wahre Vertreter würde an stetige, schrittweise Reformen glauben. Der Trumpismus zerstöre moralische Normen in alle Richtungen und schreite auf einer Flut von Ehebruch, Missbrauch, Grausamkeit, Unreife, Betrug und Korruption voran. Die Konservativen glaubten bislang an eine konstitutionelle Regierung und die Madison’sche Gewaltenteilung, Trump zerstöre dieses Ideal. Reagan habe demokratische Bewegungen im Ausland unterstützt, weil er die Demokratie für das politische System hielt, das am ehesten mit der Menschenwürde vereinbar sei, die Trump-Regierung kümmere sich nicht im Geringsten um die Förderung der Demokratie – oder um die Würde des Menschen. Die USA seien dabei in eine Zeit des demokratischen Verfalls und der politischen Isolation einzutreten, in Jahrzehnten aufgebautes Vertrauen werde in Wochen zerstört. Am ehesten könne man diese Zeit noch mit der Amtszeit von Präsident Andrew Jackson vergleichen: „Andrew Jackson is the American president who most resembles Trump – power-hungry, rash, narcissistic, driven by animosity. He was known by his opponents as ‚King Andrew‘ for his expansions of executive power.“ Um sich von dieser schweren Krise erholen zu

¹ David Brooks, I should have seen this coming, The Atlantic, 7.4.2025. [„George Orwell ist ein nützlicher Leitfaden für das, was wir erleben. Er verstand, dass es für Menschen möglich ist, nach Macht zu streben, ohne eine Vision vom Guten zu haben.“ – „Moral ist etwas für Trottel. Die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen erleiden, was sie müssen.“ – „Andrew Jackson ist der amerikanische Präsident, der Trump am ähnlichsten ist – machthungrig, unbesonnen, narzisstisch, von Feindseligkeit getrieben. Er war bei seinen Gegnern als ‚König Andrew‘ bekannt, wegen seiner Ausweitung der Macht.“]

können, brauche es mehrere Schritte: eine Neubestimmung nationaler Werte, eine starke nationale Identität, eine Renaissance der Zivilgesellschaft, eine Bereitschaft, Fehler einzugehen, politische Reformen und nicht zuletzt Wirtschaftswachstum.

Clemens Wergin merkt in der *Welt*² an, Trump habe das „amerikanische Zeitalter“, das nach Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen habe und dessen „Grundbausteine“ etwa Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel beinhaltete, ohne Not beendet und dem Ansehen der USA in der Welt schweren Schaden zugefügt, „verheerend“ sei die Bilanz, noch nie sei die USA so schnell vom Freund zum Feind geworden: „Trump steht der russischen Diktatur Wladimir Putins näher als der um ihre Freiheit kämpfenden Ukraine und macht derzeit alle Anstalten, die Sicherheitsinteressen Kiews wie auch der europäischen Verbündeten an Moskau zu verraten. Die ständigen Ausfälle von Trump und Vizepräsident JD Vance gegen Europa und andere westliche Partner machen deutlich, dass die USA kein verlässlicher Alliierter mehr sind.“ Leistung und Kompetenz spielten bei der Vergabe von Ämtern keine Rolle mehr, Trump habe ein „Patronagesystem“ eingeführt, um sich mit willigen Anhängern zu umgeben.

Im *Wall Street Journal*³ konstatiert *Gerard Baker*, auch wenn Trump mit seinem Argument durchaus recht habe, die Alliierten der USA hätten es sich jahrzehntelang auf deren Kosten bequem gemacht und sich einfach auf deren militärische Unterstützung verlassen, so sei das bisherige Vorgehen seiner Administration durch nichts zu rechtfertigen. Dies zeige sich unter anderem in den vielen, teilweise vollkommen sinnlos, verhängten Zöllen, die das Ansehen der USA in vielen Teilen der Welt massiv beschädigt hätten und den Gegnern Amerikas in die Hände spiele. Den USA sei es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, das richtige Gleichgewicht zwischen Hard und Soft Power zu finden und weltweites Ansehen zu erlangen, dies drohe nun ohne Not zerstört zu werden. Ebenso würden innenpolitische Maßnahmen unter Verletzung von geltenden Werten und Gesetzen rücksichtslos implementiert: „Mr. Trump may find all this in-your-face diplomacy satisfying now. But casting off America's reputation as a place that reveres freedom, dignity and the rule of law will harm the brand – and not just in the long term. The Romans had a saying: Let them hate us as long as they fear us. But part of our superpower has derived from being admired too. In the end, as the Romans discovered, you don't want to be around when they still hate you but they no longer fear you.“

Janan Ganesh erläutert in der *Financial Times*⁴, warum es seiner Meinung nach niemanden gebe, der – trotz gegenteiliger Behauptungen – ein Trump-Flüsterer sei oder werden könne. Trump scheine Zusagen zu machen, diese würden jedoch kaum eingehalten werden, da sein Auftreten unberechenbar sei. So gebe es zwei mittlerweile unterschiedliche Reaktionen von Regierungschefs auf das Trump'sche Verhalten: „Western leaders can increasingly be divided into those who are scarily but consistently bleak about the US, such as Canada's Mark Carney and Germany's Friedrich Merz, and those who talk out of both sides of their mouth on the issue. If Sir Keir Starmer gives Trump a royal invitation to Britain, he can't expect voters to

² Clemens Wergin, Das amerikanische Zeitalter ist zu Ende, *Die Welt*, 8.4.2025.

³ Gerard Baker, Trump Is Trashing America's Reputation, *Wall Street Journal*, 7.4.2025. [„Mr. Trump kann all diese aggressive Diplomatie jetzt gut finden. Aber Amerikas Ruf als ein Ort, der Freiheit, Würde und Rechtsstaatlichkeit verehrt, abzuschütteln, wird der Marke schaden – und das nicht nur auf lange Sicht. Die Römer hatten ein Sprichwort: Sollen sie uns hassen, solange sie uns fürchten. Aber ein Teil unserer Supermacht beruht auch darauf, dass wir bewundert werden. Am Ende, so haben die Römer herausgefunden, willst du nicht mehr da sein, wenn sie dich noch hassen, aber nicht mehr fürchten.“]

⁴ Janan Ganesh, There is no such thing as a Trump whisperer, *Financial Times*, 23.4.2025. [„Westliche Staats- und Regierungschefs sind zunehmend gespalten in diejenigen, die beängstigend, aber konsequent düster über die USA sprechen, wie Mark Carney aus Kanada und Friedrich Merz, und in solche, die in dieser Frage mit gespaltener Zunge reden. Wenn Sir Keir Starmer Trump eine königliche Einladung nach Großbritannien ausspricht, kann er nicht erwarten, dass die Wähler glauben, Trump stellt eine solche Bedrohung für die Verteidigung des Reiches dar, dass in den kommenden Jahren schmerzhafte fiskalische Kompromisse gerechtfertigt sind. Es ist besser, einen kalten Entzug in Bezug auf die USA zu machen, wie bei Carney, und die Wähler keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Dinge aufkommen zu lassen.“]

believe that Trump is such a threat to the defence of the realm as to warrant painful fiscal compromises in the years ahead. Better to go cold turkey on the US, Carney-style, and leave voters in no doubt about the seriousness of things.”

Trump sei ein Befürworter „einfacher Lösungen“, der „sich von China herausgefordert und von Europa ausgenutzt“ sehe, konstatiert *Harold James* im Gespräch mit der *WirtschaftsWoche*⁵. Der US-Präsident umgebe sich, ebenso wie Putin, nur mit Leuten, die nicht widersprächen und die eigene Weltsicht bestätigten. Daher werde er kaum erkennen können, dass China nicht einknicken werde und die von ihm verhängten Zölle vor allem der amerikanischen Wirtschaft schadeten, China werde wirtschaftlich profitieren und Räume füllen, die die USA etwa im Bereich der ASEAN-Staaten freigemacht hätten. Für Europa stelle Trumps Vorgehen sogar eine Chance da, sich durch gezielte Maßnahmen wieder auf die eigenen Beine zu stellen. „Das Scheitern des Trump-Modells in Echtzeit“ könne sich auch auf die Bedeutung rechtsnationaler Gruppierungen auswirken, die Trumps Wahl begeistert begrüßt hätten.

Emily Haber befürchtet im Gespräch mit dem *Handelsblatt*⁶, es könne durch das Vorgehen des US-Präsidenten zu einer „Erosion des geopolitischen Westens“ kommen. Die Gefahr, dass die USA unter Trump ins Autoritäre abgleiten könnten, sei nicht von der Hand zu weisen. Mit Europa sei ein Konflikt an drei Fronten denkbar, in der Handels- und in der Sicherheitspolitik sowie in der Frage der bislang gemeinsam vertretenen Werte. Zudem werde das Vorgehen Trumps im Krieg gegen die Ukraine und die Möglichkeit einer Annäherung an Russland den Westen gegen die USA aufbringen. Das Vorgehen der USA mit Blick auf die Zölle eröffne China Spielräume, in bislang von den USA besetzte Räume vorzudringen: „Wir stehen am Beginn einer außenpolitischen Revolution. Es kann sein, dass am Ende dieser Entwicklung eine Welt stehen wird, die weder unipolar noch bipolar noch multipolar sein wird, sondern fragmentierter, anarchischer, mit changierenden Partnerschaften und Allianzen.“

Christoph Möllers, Professor für Öffentliches Recht, erläutert in der *FAZ*⁷, das Präsidialsystem in den USA erleichtere Donald Trump seine Angriffe auf Verfassung und Rechtssystem. Ein Präsidialsystem ohne starke Parteienbindung neige dazu, den Präsidenten zu stärken, während Oppositionsfiguren geschwächt würden. Der Kongress bleibe eher ein Ort der Einzelfragen und weniger ein Debattenforum, was die politische Fragmentierung widerspiegele. Die Arbeit im Kongress, die hauptsächlich in Ausschüssen stattfinde, erweise sich als immer wieder ineffizient, daher sei die Gesetzgebung schon seit Zeiten Obamas, zunehmend durch Präsidialdekrete erfolgt. Auch sei die Unabhängigkeit der US-Staatsanwaltschaften eher eine Konvention als eine feste Institution, was politische Einflussnahme erleichtert. Besonders die Ernennung der Bundesrichter, inklusive des Supreme Courts, sei stark politisiert, was sich in der Personalisierung der Richter und ihrer öffentlichen Auftritte widerspiegele. Das Gericht selbst zeige kaum Interesse an einer strikten rechtlichen Unabhängigkeit, sondern orientiere sich an politischen Mehrheiten. Das amerikanische Rechtssystem sei stark auf Konfliktlösung ausgerichtet, was es schwierig mache, die institutionelle Krise durch das Recht selbst zu lösen, wenn der Kongress seine Kontrollfunktion aufgabe.

Der in den USA lebende britische Blogger und konservative Vordenker *Andrew Sullivan* merkt in der *Times*⁸ an, die ersten 100 Tage der Präsidentschaft Donald Trumps glichen einer gewählten Monarchie, wobei festzuhalten sei, „[...] King Donald makes George III look smart“. Viele seiner Vorgänger hätten versucht, in ihrer Amtszeit Änderungen durchzubringen, aber

⁵ Maja Brankovic/Dieter Schnaas, „Ein Spiel mit dem Pulverfass“. Fragen an den Wirtschaftshistoriker Harold James, *WirtschaftsWoche*, 11.4.2025.

⁶ Kirsten Ludowig/Münchrath, „Trump agiert maximal experimentell, konfrontativ und oft inkonsistent.“ Fragen an die vormalige deutsche Botschafterin Emily Haber, *Handelsblatt*, 25.4.2025.

⁷ Christoph Möllers, *Opposition ohne Führer*, FAZ, 8.4.2025.

⁸ Andrew Sullivan, After 100 days, Trump's presidency feels like a vengeful monarchy, *The Times*, 26.4.2025.

niemand habe dies so konsequent und rücksichtslos getan, wie Donald Trump, der alles kontrolliere und den fast niemand in seine Schranken weisen könne. Diese zeige sich etwa in der Zahl der Dekrete, die erlassen habe, die bindend seien und vom Kongress nicht genehmigt werden müssten und die er benutzt habe, um die Menschen und Institutionen der Zivilgesellschaft sowie die Medien ins Visier zu nehmen, die versuchten, seine Macht einzuschränken. Und neben den Dekreten habe er das getan, was jeder aufstrebende Autokrat tue, er habe nationale Notstände ausgerufen, um sich weitere Machtbefugnisse zu verschaffen. Dies alles trage, ebenso wie das impulsive Verhalten Trumps, zu einem Klima der Angst im In- und Ausland bei, selbst republikanische Senatoren zeigten sich verunsichert. Nun bleibe nur die Hoffnung, dass wirtschaftliche und außenpolitische Katastrophen ihm Einhalt gebieten könnten. Falls deutlich werde, dass ihm die ökonomische Kompetenz fehle, könnte es für ihn gefährlich werden.

In der Debatte: Krieg und Frieden

„Kriege gehen immer dann zu Ende, wenn entweder eine Partei aufgrund militärischer Misserfolge kapitulieren muss oder beide Parteien aufgrund von Erschöpfung die Zwecklosigkeit einer Fortsetzung einsehen“ stellt *Markus Reisner* im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*⁹ fest und urteilt, die USA hätten durch ihre Initiative Putin in eine gute Ausgangsstellung gebracht, da er nicht als erster eine Initiative gestartet habe und so abwarten könne, was nun passiere. Ihm komme gelegen, dass Trump immer wieder deutlich gemacht habe, er wolle Ruhe in Europa, um das Augenmerk auf China richten zu können. Wenn Europa der Ukraine wirklich helfen wolle, müsse es deren Luftverteidigung stärken, allerdings sei der Schutz des Luftraums generell ein großes Problem für die Nato: „Wir sind da völlig blank. Die Nato kann nach eigener Einschätzung nur 5 Prozent ihres Luftraums in Osteuropa schützen. Beispielsweise ist keine einzige der Patriot-Batterien, die Deutschland und andere europäische Länder an die Ukraine geliefert haben, ersetzt worden. Vergleicht man die geringe Zahl dieser Systeme in Europa und die Dimensionen des Kontinents, so sieht man, wie dünn der Schutzschild ist.“ Wichtig sei es generell, in Europa die „Fähigkeit zur Abschreckung“ wiederherzustellen, um von Russland ernst genommen zu werden. Auch die Debatte über eine atomare Aufrüstung müsse geführt werden.

Reiner Eichenberger und *David Stadelmann* analysieren in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁰, warum Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine als logischer Schritt seiner bisherigen Politik zu verstehen sei: „Putin stand unter innenpolitischem und ökonomischem Druck. Gleichzeitig bot sich ihm eine strategische Gelegenheit: eine Ukraine, die militärisch noch verwundbar war, ein durch enorm teure Covid- und Klimapolitik finanziell ausgebluteter Westen und ein China, das ihm Auswege aus der Isolation bot. Der Kreml-Herrschter hätte sich sicher einen schnellen Sieg gewünscht, um die Ukraine dann in einen Vasallenstaat zu verwandeln. Dass dies misslang, dürfte ihn weniger überrascht haben als viele westliche Kommentatoren.“ Die westlichen Staaten müssten nun endlich Konsequenzen ziehen und die Schlagkraft ihrer Armeen stärken. Dafür sei ein Umdenken die Grundvoraussetzung. Allerdings hätten viele westliche Staaten ihre wirtschaftliche Grundlage durch zu viele Vorschriften, hohe Steuern und Schulden belastet, was in Europa zu einem Mangel an Wachstumsanreizen führe. Für eine glaubwürdige militärische Abschreckung sei starkes wirtschaftliches Wachstum notwendig, allein mehr Schulden zu machen sei unzureichend, da der Gegner wisse, dass die militärische Kraft bald erschöpft sein werde. Zudem sei es wichtig, die Verteidigungsausgaben effektiv auf Heer,

⁹ Georg Häslar/Andreas Rüesch, „Die Russen fühlen sich wie 1945 – mit dem Sieg in Griffnähe“. Fragen an den Militärexperten Markus Reisner, NZZ, 14.4.2025.

¹⁰ Reiner Eichenberger/David Stadelmann, Putin braucht den Krieg, der Westen Reformen, NZZ, 8.4.2025.

Marine und Luftwaffe zu verteilen, die richtige Ausrüstung zu kaufen und die Soldaten gut auszubilden und zu motivieren.

In der *Sunday Times*¹¹ macht *Matthew Syed* deutlich, nicht nur Donald Trump, den man momentan gerne zum Sündenbock für alles mache, trage Schuld an der jetzigen Lage der Ukraine, auch die europäischen Staaten müssten dafür Verantwortung übernehmen, da sie Russland schon bei der Annexion der Krim nicht in seine Schranken gewiesen hätten. Außerdem seien die Sanktionen gegen Russland nicht lückenlos durchgesetzt worden und es habe der Wille gefehlt, die eigenen Rüstungsanstrengungen zu verstärken: „But our problem is that, as Seneca intimated, success in war is not just about how much you have, but how much you are prepared to give up. This is the Achilles heel of the western world, a civilisation with much to admire but that has become incapable of matching its capabilities with an arguably even more crucial imperative: will.“

Im *Spiegel*¹² merkt *Dirk Kurbjuweit* an, mit dem Überfall Wladimir Putins auf die Ukraine und dem Wahlsieg Donald Trumps seien zwei einschneidende Ereignisse in Kraft getreten, die ein dringendes Umdenken mit Blick auf die Sicherheit Deutschlands und Europas erforderten, eine neue Epoche habe begonnen. Die Frage der Wehrhaftigkeit und die damit verbundenen Rüstungsanstrengungen müssten offen angesprochen werden, dazu sei ein gedanklicher Wechsel in der Einstellung notwendig, denn die Zeiten des aus guten Gründen mit Blick auf die Vergangenheit gepflegten deutschen Pazifismus seien endgültig vorbei: „Wer für Kriegstüchtigkeit eintritt, wer davon überzeugt ist, dass Putin nur mit Abschreckung einzuhegen ist, sollte das Gespräch offenhalten, nicht verschließen, sollte zuhören und freundlich argumentieren. Ein solcher Austausch hat sich noch nicht entwickelt, weil die Regierungspolitiker, alt und neu, bislang wenig Interesse hatten, dieses große Thema groß zu behandeln.“ Die Bundesrepublik müsse noch stärker als bisher in die Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene eingebunden werden, um jegliche Furcht vor einem wachsenden Nationalismus oder Militarismus durch die dringend notwendig gewordene Aufrüstung der Bundeswehr schon vorab im Keim zu ersticken. Deutschland und Europa müssten in die Lage versetzt werden, sich notfalls auch ohne Unterstützung der USA verteidigen zu können. Der Kalte Krieg habe gezeigt, Abschreckung sei in der Lage, eine kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern. Die Hoffnung vieler, Putin werde schon nicht angreifen und könne ein Freund sein, wie von AfD, BSW oder der Linken propagiert, könnte sich als trügerische Illusion herausstellen. Es bleibe ange-sichts aller Dilemmata, denen man sich gegenübersehe, festzuhalten: „Wichtig ist zunächst, dass die Politiker der neuen Regierung die Dimension dieser Aufgabe verstehen, dass sie das Gespräch dazu suchen, dass sie Zweifler in einem ernsthaften Dialog zu überzeugen versuchen, aber niemanden diskreditieren, der sich nicht überzeugen lässt. Der Weg in die Kriegstüchtigkeit oder Verteidigungsfähigkeit bleibt auch dann riskant, aber ihn nicht zu gehen, ist riskanter.“

„CDU, CSU und SPD machen es sich bei den Bedrohungen durch Autokraten wie Putin, Trump und Xi zu einfach“ konstatiert *Daniel Friedrich Sturm* im *Tagesspiegel*¹³ mit Blick auf den Koalitionsvertrag und kritisiert den Verzicht auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Es sei an der Zeit, dass Deutschland mit Blick auf die Steigerung des Wehrbeitrags aufwache, in der Realität ankomme und sich etwa die baltischen Staaten oder Polen als Vorbild nehme.

¹¹ Matthew Syed, This deal is a betrayal of Ukraine – yet we all bear responsibility, The Sunday Times, 27.4.2025. [„Aber unser Problem ist, dass, wie Seneca andeutete, der Erfolg im Krieg nicht nur davon abhängt, wie viel man hat, sondern auch davon, wie viel man bereit ist aufzugeben. Dies ist die Achillesferse der westlichen Welt, einer Zivilisation, mit vielen bewundernswerten Eigenschaften, die aber nicht mehr in der Lage ist, ihre Fähigkeiten mit einem wohl noch wichtigeren Imperativ in Einklang zu bringen: dem Willen.“]

¹² Dirk Kurbjuweit, Friedliche Kriegstüchtigkeit, Der Spiegel, 17.4.2025.

¹³ Daniel Friedrich Sturm, Putin, Trump und der Kampf um Freiheit, Der Tagesspiegel, 25.4.2025.

Auch *Marina Kormbaki* wirbt im *Spiegel*¹⁴ dafür, die Wehrpflicht zu reaktivieren und macht darauf aufmerksam, dass dies keinerlei Zwang beinhaltet, da die Möglichkeit, zur Wehrdienstverweigerung, wie es „die freiheitlich demokratische Grundordnung dieses Landes“ vorsehe, weiterhin bestünde und diese sei es auch wert, „verteidigt zu werden“. Wichtig sei zudem, dass sich die Bundeswehr selbst aktiv um Nachwuchs bemühe: „Das Interesse der Jungen ließe sich mit einem kostenlosen Führerschein steigern oder erleichtertem Zugang zum Wunsch-Studium oder -Ausbildungsplatz. Mit solchen Extras könnten die Älteren die Jungen ein wenig dafür entschädigen, dass deren persönliche Freiheit eingeschränkt wird.“

In der *Zeit*¹⁵ plädiert *Claus Leggewie* für eine Überarbeitung der Zivilklauseln an deutschen Universitäten, da deren Aufrechterhaltung nicht mehr zeitgemäß sei. Dies bedeute allerdings nicht, dass man die „Militarisierung“ der Gesellschaft vorantreiben, sondern nur, dass man ihre Wehrhaftigkeit steigern wolle, wozu eine Reform der Zivilklausel der erste Schritt sein könnte: „Der Kampfbegriff Militarisierung suggeriert, dass eine Öffnung der Universitäten für Erfordernisse der geopolitischen Zeitenwende allein Rüstungsforschung meint (oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht). Doch einen möglichen Angriff abwehren zu können, erfordert mehr als die Produktion von Panzern, Granaten und Drohnen. Ebenso wichtig sind der vernachlässigte Zivilschutz und die Abwehr von Cyberattacken und Desinformation. Auch dazu benötigt man Forschung.“

In der Debatte: Politische Strömungen und die „politische Mitte“

Frank A. Meyer sieht im *Cicero*¹⁶ die CDU zwischen SPD und Grünen gefangen, die die Brandmauer gegen die AfD als Drohkulisse nutzten und wirft der SPD „destruktive Gaukelei“ vor: „Beziehtige die durch und durch demokratische Mitte-Partei CDU der AfD-Nähe, und du kannst mit ihr machen, wozu auch immer du Lust hast – was zwar im Land kaum mehr jemandem gefällt, was wiederum die akademisch-kulturelle SPD-Herrschaftsclique, die sich immer noch als Arbeiterpartei geriert, völlig kaltlässt.“ Die Sozialdemokraten hätten früher sehr sensibel auf demokratische Werte geachtet. Heute scheine es, als hätten sie eine eher „romantische“ Vorstellung davon zu haben, was „links“ sei. Mit den grünen Bewegungen, die eine bestimmte pädagogische und manchmal autoritäre Haltung vertreten, sähen sich die Genossen manchmal sogar als Vorreiter einer wichtigen historischen Entwicklung.

„Die Union muss ideenpolitisch aufrüsten, sich an ihre Ursprünge erinnern und Klarheit darüber verschaffen, was sie als politische Kraft darstellen will“ fordert *Heinz Bude* im Gespräch mit der *Welt am Sonntag*¹⁷ und bedauert, dass die Vielfalt der Debatten, die es lange Zeit in der Union gegeben habe – etwa zwischen Atlantikern und Gaullisten, in der Sozial- oder in der Europapolitik – und die sie „lebendig“ gehalten hätten, nicht mehr stattfänden. Diskurse müssten wiederbelebt werden, nur durch das Ende der „ideenpolitischen Blässe“ könne es erneut gelingen, „das Konservative zu formulieren gegenüber dem Präfaschistischen der AfD“. Mit Blick auf die AfD weist er darauf hin, man solle vielleicht etwas gelassener bleiben, die Partei sei keineswegs so stark wie ihre Pendants in Frankreich oder Italien. Zudem fehle ihr das politische Talent, das etwa Giorgia Meloni an den Tag legen würde. Mit Blick auf die SPD konstatiert er, „das Verhältnis von Gerechtigkeit und Solidarität“ habe deren Denken lange bestimmt, dies habe sich aber geändert, denn sie habe „völlig vergessen, dass innerhalb der

¹⁴ Marina Kormbaki, Antreten, bitte!, Der Spiegel, 5.4.2025.

¹⁵ Claus Leggewie, Die Position: Reformiert die Zivilklausel!, Die Zeit, 24.4.2025.

¹⁶ Frank A. Meyer, Komplizen überall, Cicero, 17.4.2025.

¹⁷ Hannelore Crolly/Jacques Schuster, Wir haben keine Komfortzone mehr. Fragen an den Soziologen Heinz Bude, Welt am Sonntag, 27.4.2025.

Gesellschaft eine Solidarität derer nötig ist, die für die Kosten der gerechten Gesellschaft aufkommt. Die SPD muss erkennen: Wenn die Mehrheit nicht mehr bereit ist, diese Kosten der Gerechtigkeit zu tragen, dann muss man reagieren.“

Der Frage, wie man die Gesellschaft resilenter gegen rechtsradikale oder rechtextreme Strömungen machen könne, geht *Nils Minkmar* in der *Süddeutschen Zeitung*¹⁸ nach. Eine Möglichkeit sieht er darin, eben nicht den Narrativen der extremen Rechten nachzugeben und ihr so auf den Leim zu gehen: „Es ist genau jene Idee, die schon in anderen Ländern gescheitert ist, nämlich alle Themen und Vorschläge aus dieser radikalen Ecke aufzugreifen und abzuwarten, über nichts anderes zu reden und den sogenannten Kultukampf gegen alles, was woke sein könnte, bis zur Beleidigung des Verstandes zu führen.“ Die in der Gesellschaft noch immer vorhandene „Widerstandskraft“ müsse durch entsprechende Angebote, die ein positives Bild der Zukunft zeichnen, gestärkt werden, ebenso wie durch den Hinweis auf alles bisher Geleistete. Ebenso müssten Fehlentwicklungen offen angesprochen und Abhilfe geschaffen werden: „Eine resiliente Gesellschaft benötigt zuerst ein entsprechendes Selbstbewusstsein, eine eigene Geschichte. Derzeit werden Wählerinnen und Wähler aber angesprochen wie eine Reihe von Endverbrauchern bei Rewe: Hier gibt's mehr für deine Stimme! Die Rechten sind da geschickter, sie bannen ihr Publikum durch Gruselgeschichten und Durchsagen im Daueralarm. Die sozialen Medien und hier ihre prominentesten Stimmen leben von solchem Stoff auch sehr gut – nicht Zuversicht oder Abwägung wird hier mit Aufmerksamkeit belohnt, sondern erwiesenermaßen erreichen Panikmache, Angstverbreitung, Hohn und Denunziation sechsmal höhere Zahlen im Netz. Für Menschen, die hier ihr Brot verdienen: nicht zuletzt ein Geschäftsmodell.“

Reinhard Mohr macht sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁹ Gedanken über die Bedeutung der „politischen Mitte“ in Deutschland und Europa und weist darauf hin, dass – trotz aller Befürchtungen – diese Mitte noch immer eine Mehrheit im Bundestag habe. Allerdings sei der Begriff der Mitte sehr unscharf und werde von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich interpretiert – von bürgerlich bis links, von konservativ bis progressiv: „Mass und Mitte gehören dabei zusammen, ebenso wie Vernunft, gesunde Skepsis und abwägendes Räsonnement, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, im positiven wie im negativen Fall – für das Gemeinwesen wie für das eigene Handeln, Stichwort Rechenschaftspflicht. In einem Wort: Die Mitte steht in der Tradition der europäischen Aufklärung. All das klingt wenig aufregend, fast langweilig, so ganz ohne mitreissende Visionen und begeisternde Utopien.“ Zudem habe die Mitte in den letzten Jahrzehnten an Profil verloren und in vielen zentralen Bereichen – etwa bei der Flüchtlingspolitik, Bildung, Infrastruktur und Sicherheit – versagt, was sich in sinkender Zustimmung und wachsendem Einfluss von extremen Parteien zeige, insbesondere der AfD. Dabei stelle die bürgerliche Mitte eigentlich die Kraft für notwendige Reformen dar, eine Renaissance der Marktwirtschaft, Bildungsoffensive, Bekämpfung illegaler Migration, Kriminalitätsbekämpfung und eine Reform des Sozialstaats seien dabei unerlässlich, um Deutschland wieder nach vorne zu führen. Gelinge dies nicht, „dann übernehmen die Leute mit den radikalen ‚Visionen‘, vor denen schon Helmut Schmidt gewarnt“ habe.

Das *Editorial Board* der *Financial Times*²⁰ urteilt, mit dem Sieg von Nigel Farages Partei Reform UK bei Nachwahlen reihe sich nun auch Großbritannien in die Riege der europäischen Länder ein, in denen eine rechtspopulistische Partei an Boden gewinnen könne. Reform UK sei es gelungen, nun stelle sich die Frage, inwieweit Farages Partei dem Duopol aus Tories und

¹⁸ Nils Minkmar, Deutscher Sommer, SZ, 2.5.2025.

¹⁹ Reinhard Mohr, Alle wollen „politische Mitte“ sein, NZZ, 7.5.2025.

²⁰ An unwelcome surge of rightwing populism in Britain, Financial Times, 2.5.2025. [„Der Aufstieg von Reform spiegelt epochale Verschiebungen wider, die in der britischen Politik im Gange sind. Es unterstreicht die rastlose Ernüchterung über die Status-quo-Politik, die von dem Gefühl angetrieben wird, dass der Lebensstandard sinkt und ‚nichts funktioniert‘.“]

Labour wirklich gefährlich werden könne: „The ascent of Reform reflects more epochal shifts under way in UK politics. It underlines the restless disenchantment with status-quo politics, driven by a sense that living standards are sliding and ‚nothing works‘.“ Es sehe im Moment so aus, als hätten weder die Konservative Partei noch Labour in den Augen der Wähler die passenden Rezepte, um den gesellschaftlichen Krisen zu begegnen. Zudem müsse Labour erkennen, dass man nicht alle Wünsche der Wähler erfüllen könne. Die Partei sollte sich dringend darauf konzentrieren, die Wirtschaft anzukurbeln, dies könne ein Weg sein, Rivalen mit illusorischen Konzepten in Schach zu halten.

In der *Financial Times*²¹ sieht Robert Shrimpsley Reform UK als ernstzunehmenden Konkurrenten für die Tories in der Opposition an, denn die Partei befindet sich – im Kontrast zu früheren Krisensituationen – in einer verzweifelten Lage. Sie gelte nicht mehr als wählbare Alternative, wenn man seine Stimme nicht Labour geben wolle, neben dem Norden Englands gehe nun auch nicht Wählerschaft im Süden verloren. Die Tories müssten sich dringend sammeln, neu aufstellen, als wählbare Alternative zu Labour auftreten und nicht wie eine schwache Partei in oppositioneller Wartestellung wirken. Großbritannien habe kein Populismus-Problem, sondern ein Problem mit Unpopularity: „Farage is vacating some rightwing territory for what he sees as the new centre, which is culturally conservative but economically left. But Tories seem unsure whether to fight him for that space or fashion a more outward-looking, liberal economic platform.“

Linda Kaponen beschreibt in der *Neuen Zürcher Zeitung*²², wie es in Finnland gelungen sei, die rechtsnationale Finnenpartei, die bei Wahlen immer weiter an Zustimmung gewonnen habe, zu marginalisieren. Dies sei nicht durch Abschottung mit Hilfe einer Brandmauer geschehen, sondern durch Einbindung der Partei in die Regierung, wobei die Finnenpartei nicht mit der AfD vergleichbar und das Vertrauen der Finnen in ihren Staat sehr groß sei: „Die Finnenpartei trat bei den nationalen Wahlen bisher immer nur als Oppositionspartei an. In der Opposition konnte sie ungehindert wachsen und gedeihen. Als sie 2015 das erste Mal an die Macht kam, ist sie implodiert. Der pragmatische Flügel trennte sich vom fundamentalistischen. Die Pragmatiker blieben in der Regierung und verabschiedeten sich danach aus der Politik. Die Fundamentalisten gaben bei den nächsten Wahlen ein fulminantes Comeback. Heute sind sie an der Macht. Auch ihre Versenkung naht.“

In der *Zeit*²³ betrachtet Robert Pausch die Trennlinien, wie auch die Gemeinsamkeiten innerhalb der rechten Bewegung in den USA und in Deutschland. Trotz großer Differenzen gebe es einen gemeinsamen Kern, der die unterschiedlichen Gruppen verbinde: eine autoritäre Sehnsucht, gemeinsame Feindbilder (wie Linke, Woke, Globalisten) und eine apokalyptische Grundstimmung, die Angst vor dem gesellschaftlichen Zusammenbruch. Innerhalb der Rechten gebe es aber auch bedeutende ideologische Brüche, etwa zwischen den libertären, technikbegeisterten Anhängern, die den Fortschritt und technologische Lösungen befürworteten – wie etwa Elon Musk –, und den konservativen, nationalistisch geprägten Strömungen, die Gemeinschaft, Tradition und organische Gesellschaftsmodelle betonten, vertreten etwa durch den MAGA-Vordenker Steve Bannon. Auch in Fragen der Wirtschaft und Gesellschaft bestünden Unterschiede: Während Alice Weidel die AfD als libertär und auf Vermögensfreiheit ausgerichtet sehe, kritisierten etwa Götz Kubitschek oder Björn Höcke, den „Raubtierkapitalismus“ sowie libertäres Gedankengut und forderten stärkere staatliche Eingriffe. So stehe

²¹ Robert Shrimpsley, The Conservative party is losing a fight to the death, Financial Times, 2.5.2025. [„Farage macht einen Teil seines rechten Territoriums frei für das, was er als die neue Mitte betrachtet, die kulturell konservativ, aber wirtschaftlich links ist. Doch die Tories scheinen sich nicht sicher zu sein, ob sie mit ihm um diesen Raum kämpfen oder ein stärker nach außen gerichtetes, liberales Wirtschaftsprogramm entwickeln sollen.“]

²² Linda Kaponen, Finlands Alternative zur Brandmauer gegen rechts, NZZ, 16.4.2025.

²³ Robert Pausch, Rechts gegen rechts, Die Zeit, 10.4.2025.

ebenso im Denken von Patrick Deneen und Steve Bannon die „Gemeinschaft“ im Vordergrund, der Fortschritt werde skeptisch gesehen: „Auf der anderen Seite des rechten Spektrums, vor allem im Silicon Valley, aber auch unter libertären Influencern in Deutschland, sieht man die Technologie nicht als Problem, sondern als Lösung. Und zwar für alle Fragen. Interessenkonflikte etwa zwischen Kapital und Arbeit, die die Nationalpopulisten durchaus ernst nehmen, gibt es hier nicht. Jeder Widerspruch wird stattdessen durch Technologie aufgelöst.“ Trotz dieser Unterschiede verbinde die radikale Rechte eine gemeinsame Haltung: der Wunsch nach Autoritarismus, Hierarchie und schnellem Handeln gegen die vermeintlichen Feinde. Sie seien sich einig, dass das liberale Zentrum abgeschafft werden solle, und setzen auf eine „jetzt-oder-nie“-Mentalität. In den USA versuche etwa J.D Vance, unterschiedliche Lager zu versöhnen, etwa durch die gemeinsame Ablehnung der Zuwanderung billiger Arbeitskräfte, die sowohl die Löhne drücke als auch Innovationen behindere. Dennoch blieben Widersprüche bestehen, vor allem in den Wählergruppen: Viele wollen weniger Staat und Sozialpolitik, aber mehr Schutz und Gerechtigkeit – eine Mischung aus Wut und Unzufriedenheit, die momentan stärker sei als ideologische Differenzen. Die radikale Rechte bleibe durch innere Brüche geprägt, sei aber vor allem die Wut auf den Zustand der Gesellschaft und das Bedürfnis nach radikalem Wandel verbunden.

Morten Freidel warnt in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁴, die „popkulturelle[...] Verklärung des Sozialismus“ schreite immer weiter voran, was auch der Tatsache geschuldet sei, dass die schrecklichen Taten, die in seinem Namen vollbracht verübt worden seien, etwa durch Mao oder Stalin, in Vergessenheit gerieten. Zudem hätten viele junge Menschen aus dem Blick verloren, was Freiheit wirklich bedeute, sie beinhalte nicht die eigene Selbstverwirklichung ohne Übernahme jeglicher Verantwortung für das eigene Handeln: „Nur ist eine Freiheit ohne Haftung keine. Sie führt direkt in die Vormundschaft des Staates. Es gibt kaum ein grösseres Einfallstor für staatliche Eingriffe als einen weichen Freiheitsbegriff. Unter seinem Banner versprechen Politiker, die Bürger vor allem Unbill zu bewahren. Dann wird im Namen dieser Freiheit, die in Wahrheit das Versprechen eines irdischen Paradieses ist, die Freiheit aller schrittweise eingeschränkt. Die Steuerbelastung steigt, die Umverteilung nimmt zu. Die Wirtschaft wird erst geleitet, schliesslich gelenkt. Wer meint, dass nur Linke so handeln, irrt. Das tun auch bürgerliche Politiker.“ Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek habe schon vor mehr als achtzig Jahren davor gewarnt, dass der Liberalismus durch seinen eigenen Erfolg gefährdet sei. Zu Beginn fördere er Wohlstand, doch mit steigendem Wohlstand wachse auch die Bereitschaft zur staatlichen Intervention, um soziale Ungleichheiten zu korrigieren. Diese Interventionen führe oft zu einer Spirale der Überregulierung, die die Wirtschaft und die Meinungsfreiheit gefährde. Hayek habe immer betont, dass eine freie Wirtschaft die Grundlage für eine freie Gesellschaft sei, während staatliche Planwirtschaft und kollektive Ideologien die individuelle Freiheit einschränkten: „Der Sozialismus wird nicht mit dem Gewehrlauf zurückkehren. Auch nicht durch eine Revolution. Er kommt auf leisen Sohlen, unter dem Banner der Freiheit. Und er ist schon weit gekommen.“

Matthias Oppermann stellt in der *Jüdischen Allgemeinen*²⁵ den heute in Vergessenheit geratenen liberal-konservativen Vordenker Adolf Grabowsky vor, der „der originellste Kopf des deutschen Konservatismus“ während der Spätzeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gewesen sei. Er entwarf 1911 sein Konzept des „Kulturkonservatismus“, das „ebenso antidemokatisch wie fortschrittlich, ebenso aristokratisch wie liberal“ gewesen sei und damit versucht habe, mehrere Strömungen zu vereinen und eine Brücke zum Liberalismus zu schlagen. Als Vertreter eines gemäßigten Konservatismus habe er deutlich gemacht, „dass Konservatismus und Fortschritt keine Gegensätze sein müssten, sondern auch, welches Potenzial ein gemäßigter Konservatismus“ haben könne.

²⁴ Morten Freidel, Der Sozialismus kehrt schleichend zurück, NZZ, 22.4.2025.

²⁵ Matthias Oppermann, „Wirklicher Liberalismus“, Jüdische Allgemeine, 22.4.2025.

In der *Welt*²⁶ befasst sich *Jennifer Wilton* mit der Debatte um die aktuelle Lage der Meinungsfreiheit in der Welt und insbesondere in Deutschland unter Bezugnahme auf einen kürzlich erschienenen Artikel im „Economist“, der zunehmende Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit dort moniere. In Deutschland sei die unabhängige Berichterstattung heute weniger geschützt, was sich an Drohungen gegen Journalisten und in Gerichtsentscheidungen manifestiere, die die Meinungsäußerungen einschränkten. In den USA gebe es eine zunehmende Entwicklung, die die Meinungsfreiheit durch Maßnahmen wie Zensur, Verbote und Cancel Culture bedrohe. Auch in anderen Ländern, wie etwa der Türkei, verschwänden etwa oppositionelle Stimmen aus dem digitalen Raum unter dem Vorwand des Schutzes der Freiheit. Das Argument, dies diene dem Schutz der Freiheit, sei nur vorgeschoben, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen. Mit Blick auf die USA bleibe festzuhalten, dass „vor allem an den Universitäten, im Kulturbetrieb und bisweilen auch bei Diversitätsbemühungen in der Wirtschaft linke Identitätspolitik so dominant geworden ist, dass sie viele Konservative und Menschen mit abweichenden Ansichten nicht nur verschreckte, sondern ausschloss und brandmarkte, dass Cancel Culture und linker Moralismus Diskurse bisweilen beherrschte und zerstörte, hat dem gesellschaftlichen Klima nicht geholfen“. Gleichermaßen zu vergelten, könne fatale Auswirkungen und ein Abgleiten ins Autoritäre zur Folge haben: „Auf Cancel Culture mit Cancel Culture zu reagieren, mit einer totalitären Geste also auf eine totalitäre Geste zu antworten, hat aber nichts mit Freiheit zu tun, sondern alles mit der Vorstellung, autoritär durchsetzen zu wollen, wenn man sich im Recht sieht. Das ist besonders dramatisch und folgenreich, wenn es mit der institutionellen Macht einer Regierung passiert.“

In der Debatte: Erinnerungskultur

Reinhard Veser betont in der *FAZ*²⁷, wie wichtig Wissen über Geschichte für eine stabile Demokratie sei. Das sei deutlich geworden, als Russland 2014 die Krim annektierte und viele Menschen, auch eigentlich gut informierte, kaum Kenntnisse über die Geschichte Osteuropas gehabt hätten. Dadurch hätten russische Propaganda und Mythen leichter ihre Wirkung entfalten können. Wichtige Gruppen in Gesellschaft und Politik hätten die Gefahr zu spät erkannt, was zu einer Illusion von Partnerschaft mit Russland führte – bis die russische Invasion der Ukraine 2022 alles geändert habe. Die zunehmenden Wissenslücken und falschen Darstellungen über den Nationalsozialismus könnten ebenso das demokratische Bewusstsein schwächen und erleichterten den Relativierern der NS-Verbrechen das Handwerk. Deshalb sei guter Geschichtsunterricht „keine Kür für das Bildungswesen, sondern elementar für die Erhaltung der Demokratie“.

Oliver von Wrochem schildert im Gespräch mit der *Zeit*²⁸, wie die Erinnerungskultur in Deutschland zunehmend unter Druck gerate und Provokationen in und Angriffe auf NS-Denkstätten zunähmen. Er weist darauf hin, die deutsche Erinnerungskultur habe sich im Laufe der Zeit in Wellen entwickelt. In den 1960er Jahren rückten die Auschwitz-Prozesse die nationalsozialistischen Verbrechen erstmals ins öffentliche Bewusstsein, Ende der 1970er Jahre habe die US-Serie „Holocaust“ den Begriff in der Gesellschaft verankert. Immer schon habe es damals Leugner der Shoah gegeben. In den 1990er Jahren führte die Wehrmachtausstellung zu Debatten über die Verbrechen deutscher Soldaten. Seitdem sei allgemein gültig, dass die NS-Verbrechen verurteilt werden und als Mahnung für die Gegenwart dienen sollten. In den letzten zehn Jahren aber sei die Gesellschaft zunehmend gespalten, es herrsche

²⁶ Jennifer Wilton, Die Freiheit der Anderen, Die Welt, 2.5.2025.

²⁷ Reinhard Veser, Wichtige Geschichte, FAZ, 7.5.2025.

²⁸ Annika Lasarzik, „Wir dürfen uns nicht zurückziehen“. Fragen an Oliver von Wrochem, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Die Zeit, 30.4.2025.

zudem wachsende Distanz zum Staat und Skepsis gegenüber den Medien. Die Pandemie habe diese Entwicklung beschleunigt, da viele Menschen sich in alternative Informationsräume zurückzogen und Verschwörungstheorien an Resonanz gewonnen hätten. Die „mediale Fragmentierung“ erschwere die Vermittlung historischer Inhalte. Zudem seien rechtsextreme Tendenzen, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland keine neuen Phänomene, sondern hätten eine lange Tradition. Gefährlich seien die Bestrebungen, die NS-Geschichte als abgeschlossen zu sehen, denn, „wenn historische Erfahrungen nicht mehr als Bezugspunkt für unser heutiges Handeln verstanden werden, geht das verloren, was Erinnerungskultur im Kern ausmacht: die Verantwortung für das Jetzt zu übernehmen“.

In der *Frankfurter Rundschau*²⁹ befasst sich Aleida Assmann mit dem Wandel in der Erinnerungskultur und dem Gedenken an den 8. Mai 1945, der sich von einem „Tag der Niederlage“ zu einem „Tag der Befreiung“ entwickelt habe. Während in der DDR der 8. Mai als Tag des Sieges des Sowjetunion über den Nationalsozialismus gefeiert wurde, habe man sich in Westdeutschland – bis zur Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 – in Schweigen gehüllt: „In dieser Rede schlug er sich und den Deutschen behutsam vor, diesen Tag nicht mehr nur als Tag der Niederlage zu verstehen, sondern ihn endlich auch als einen Tag der Befreiung anzunehmen. Weizsäcker bot den Deutschen eine europäische Perspektive für ihre Nationalgeschichte an. Er sprach nicht nur von Befreiung, sondern auch von ‚Erlösung‘ und griff dabei auf ein ganz neues Vokabular mit religiösen Obertönen zurück.“ Damit sei auch die Erinnerung an die jüdischen Opfer in Gang gesetzt worden. Sie bilanziert, der 8. Mai sei ein Jahrestag, der sehr unterschiedliche historische Bedeutungen habe. Für die USA und westeuropäische Staaten sei er ein Tag des Sieges und der Freude. In Moskau und den Sowjetrepubliken hingegen sei der 9. Mai zu einem Tag der militärischen Aufmärsche und Machtdemonstrationen geworden. In Westdeutschland habe sich die Bedeutung des Begriffs „Befreiung“ im Laufe der Zeit verändert, 1945 bedeutete er zunächst eine „Befreiung zum Schweigen“, doch nach 1985 habe er sich zunehmend zu einer „Befreiung vom Schweigen“ gewandelt.

Simon Strauß merkt in der FAZ³⁰ an, in Deutschland sei die Erinnerung an die Geschichte nach wie vor stark mit „Schuld und Sühne“ verbunden. Das verschaffe „Nostalgikern von rechts Raum für ihre Forderung nach vaterländischen Geschichten, die vor 1933 beginnen“ sollten. Dies sei nicht unbedingt falsch, denn eine Nation könne durchaus stolz auf ihre eigene Vergangenheit sein. Dabei aber sei es dringend geboten, zwei Gedanken gleichzeitig im Blick behalten: „Deutschland ist am 8. Mai besiegt und befreit worden. Jeder Deutsche, ob hier geboren oder zugezogen, trägt Verantwortung für das Wachthalten der Erinnerung an Holocaust und Hitler. Und diese Erinnerung darf keinem selektiven Aktivismus dienen – sei es einem Revanchismus aus einem verengten Blick auf ‚deutsche Opfer‘, sei es einem Salonpazifismus aus dem Rigorismus eines ‚Nie wieder Krieg‘ oder einem Memorialmoralismus, der leichtfertige Ableitungen aus ‚Nie wieder Buchenwald‘ vornimmt.“ Man könne Israels Regierung kritisieren, ohne das Existenzrecht des Staates in Frage zu stellen. Ebenso sei es möglich, an deutsche Opfer zu erinnern, ohne Hitlers Verbrechen zu verschweigen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur müsse nicht im selben Atemzug mit dem Nationalsozialismus stehen. Obwohl in Deutschland im Mai 2025 viel über die Vergangenheit gesagt und neu erinnert werde, bleibe eine Tatsache unabänderlich: „[...] der Vorrang des Holocausts in unserem Gedächtnis ist keine Frage der individuellen Entscheidung, er ist eine Konsequenz der nationalen Geschichte. Man darf sogar sagen: eine Frage der deutschen Ehre.“

²⁹ Aleida Assmann, Tag der Befreiung – wovon?, Frankfurter Rundschau, 6.5.2025.

³⁰ Simon Strauß, Die Fußstapfen der deutschen Erinnerung, FAZ, 7.5.2025.

Im Gespräch mit der *Welt*³¹ macht *Niklas Fischer* darauf aufmerksam, die Neue Rechte versuche immer wieder, Einfluss auf Jugendliche zu nehmen durch Angriffe auf die „demokratische Erinnerungskultur“, um damit auch das Gedenken an den Nationalsozialismus für sich zu vereinnahmen sowie umzudeuten. Zu diesem Zweck nutze sie geschickt Begriffe wie „Schuldkult“, „Erbschuld“ oder „Meinungsdiktatur“ als Parolen, die vortäuschten, den Menschen sollten permanent Schuldgefühle eingeredet werden, emotionale, niederschwellige Appelle in den sozialen Medien dienten zur Verdrehung von Tatsachen und zur Beeinflussung der Jugendlichen. Daher sei es wichtig, dass man jungen Menschen deutlich mache, „es geht nicht um Schuld, sondern um Verantwortung. Niemand ist verantwortlich für das, was der eigene Großvater getan hat. Aber wir tragen Verantwortung dafür, dass wir die Erinnerung wachhalten – aus Respekt vor den Opfern und ihren Nachkommen.“

In der Debatte: Die katholische Kirche in den USA

Benjamin Dahlke betrachtet in der *FAZ*³² die Lage der katholischen Kirche in den USA. Er weist darauf hin, mehr als die Hälfte der Katholiken hätte bei den Präsidentschaftswahlen für Trump gestimmt und konstatiert, der Katholizismus sei ein relevanter Faktor in Gesellschaft und Politik und bei weitem „vitaler“ als in Deutschland. Als Gründe benennt er ein gutes und konkurrenzfähiges Bildungsangebot, die sehr entschlossene Aufarbeitung der Missbrauchsskandale und die „innovative Medienpräsenz“ der Kirche. Mit Blick auf den zum Katholizismus konvertierten Vizepräsidenten Vance stellt er fest, „sein Katholizismus ist aber weder von bestimmten Lehrpositionen geprägt, noch interessieren ihn Bischöfe oder der Papst sonderlich. Vielmehr geht es Vance um Verwurzelung, geprägte Formen und eine intakte Familie. So sind ihm der wöchentliche Messbesuch und die Beichte wichtig, um an sich selbst zu arbeiten.“ Der Katholizismus bleibe ein erheblicher Faktor in der amerikanischen Gesellschaft und Politik, auch wenn die fortschreitende Säkularisierung auf längere Sicht zu einem Bedeutungsverlust führen werde. Gerade junge Menschen wendeten sich von der institutionalisierten Religion ab. Gegenläufig dazu entdeckten viele Amerikaner Glauben und Kirche jedoch neu, wie etwa JD Vance.

Dazu merkt *Detlef Pollack*, ebenfalls in der *FAZ*³³ an, in den USA zeigten sich aber auch deutliche Anzeichen von Säkularisierung, die Zahl der Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten, steige seit den 1990er Jahren kontinuierlich an, der Mitgliederbestand der katholischen Kirche in den USA bleibe trotz hoher Austrittsraten durch den Zuzug katholischer Einwanderer relativ stabil, doch der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung sinke. Die katholische Kirche in den USA habe in den letzten Jahren durchaus Fortschritte bei der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen gemacht und im Bildungsbereich Erfolge erzielt, eine zu enge Verbindung mit politischen Parteien könne ihre Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Akzeptanz aber beeinträchtigen: „Sicher und wissenschaftlich belegt ist hingegen, dass eine enge Verbindung von Religion und Politik zwar kurzfristige Aufmerksamkeitsgewinne bringt, sich langfristig aber eher negativ auf die kirchliche Bindung auswirkt. Den steilen Anstieg der Nonnes in den Vereinigten Staaten führen Soziologen wie Mark Chaves, Claude Fischer und Michael Hout auf diese Verbindung zurück. Sie trägt zwar dazu bei, dass mehr als die Hälfte der Katholiken und sogar mehr als 80 Prozent der Evangelikalen Trump wählen. Die Identifikation der Kirchen mit politisch konservativen Positionen motiviert politisch eher moderat und liberal eingestellte Personen, die mit der Kirche nur schwach verbunden sind, aber auch dazu,

³¹ Maximilian Heimerzheim, „Erinnerungskultur wird zur politischen Waffe“. Fragen an den Geschichtsdidaktiker Niklas Fischer, Die Welt, 24.4.2025.

³² Benjamin Dahlke, Theologie ist hier unentbehrlich, FAZ, 10.4.2025.

³³ Detlef Pollack, Wie viele Divisionen hat J. D. Vance?, FAZ, 22.4.2025.

aus politischen Gründen ihre religiöse Bindung aufzugeben.“ Eine starke politische Polarisierung, wie in den USA, könne dazu führen, dass die Kirche sich zu sehr in politische Konflikte einmische. Das könnte zunächst die gesellschaftliche Relevanz der Kirche erhöhen, führe aber langfristig zu Skepsis und Misstrauen, weil die Menschen befürchten, die Kirche könnte ihre Neutralität verlieren. Wenn prominente Persönlichkeiten oder Politiker die Religion für Wahlkampfzwecke nutzten, wirke das oft so, als würde Religion instrumentalisiert werden. Eine enge Verbindung zwischen Kirche und bestimmten politischen Parteien könne dazu führen, dass die Kirche bei Menschen, die andere Ansichten haben, an Glaubwürdigkeit verliere. Wichtig sei, dass die Kirche sich möglichst überparteilich positioniere, um ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit zu bewahren.

In der *New York Times*³⁴ konstatiert David French, Papst Leo XIV. habe Trump in der Rangfolge der wichtigsten Amerikaner in der Welt abgelöst: „As one American steps onto the world stage as a man of malice, another American answers, leading with love and compassion. They represent two starkly different visions of American character. And, if all goes well, Leo will command the world stage long after Trump is gone from public life.“ Er betont den Unterschied zwischen Christentum und evangelikalen Strömungen in den USA, das Christentum sei ein uralter Glaube, der Herrscher und Regime überdauert habe, die weitaus ignoreranter und brutaler gewesen seien als alles, man in den Vereinigten Staaten je erlebt habe. Zu viele amerikanische Evangelikale hätten den Anschluss an diese Geschichte verloren. Sie gehörten Kirchen an, die ihre Existenz in Monaten oder Jahren messen würden, nicht in Jahrhunderten oder Jahrtausenden. Daher werde den Politikern so viel Bedeutung beigemessen, denn wenn man glaube, dass der Erfolg der eigenen Religion vom Erfolg eines Politikers abhänge, sei es nur eine Frage der Zeit, bis die Politik zur eigenen Religion werde. Das habe zur Folge, dass zu viele Christen sogar den Papst durch eine parteipolitische Brille bewerten werden. Der neue Papst lasse sich allerdings nicht einer politischen Richtung zuordnen, viele seiner Äußerungen entsprächen dem Mainstream, in den Augen von MAGA-Anhängern seien viele Äußerungen allerdings sehr herausfordernd.

Christian Weisflog merkt in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁵ an, noch sei der Ton zwischen dem neuen Papst und der Trump-Administration freundlich, auch wenn aus den Reihen der Trump-Influencer schon schärfere Töne zu hören seien. Wie lange dieser Zustand andauern werden, sei noch unklar: „Das dürfte vor allem auch davon abhängen, ob sich Leo wie sein Amtsvorgänger ähnlich pointiert und direkt in die Migrationsdebatte in den Vereinigten Staaten einmischt. Weil er ein Amerikaner ist, dürften seine Worte in den USA noch mehr Gewicht haben als jene von Franziskus.“

Rezensionen

Mit seiner Monografie **Wilhelm I. Vom „Kartätschenprinz“ zum Reichsgründer** sei es Jan Markert gelungen, das Bild Kaiser Wilhelms I. und seiner Epoche zu revidieren, den bisher unter Historikern herrschenden Konsens über die Rolle des Kaisers in Frage zu stellen sowie aufzuzeigen, dass Wilhelm I. durchaus seine eigene Agenda verfolgt habe, urteilt Konstantin Sakkas in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁶.

³⁴ David French, Trump Is No Longer the Most Important American, The New York Times, 11.5.2025. [„Während ein Amerikaner die Weltbühne als Mann der Bosheit betritt, antwortet ein anderer Amerikaner und führt mit Liebe und Mitgefühl. Sie repräsentieren zwei völlig unterschiedliche Visionen des amerikanischen Charakters. Und wenn alles gut geht, wird Leo die Weltbühne beherrschen, lange nachdem Trump aus dem öffentlichen Leben verschwunden ist.“]

³⁵ Christian Weisflog, Papst Leo erzürnt die amerikanische Rechte, NZZ, 10.5.2025.

³⁶ Konstantin Sakkas, Der wahre Architekt des Kaiserreichs, NZZ, 14.4.2025.

In der *Süddeutschen Zeitung*³⁷ befasst sich Joachim Käppner mit **Köln in der Weimarer Republik 1918–1933**, dem von **Christoph Nonn** verfassten elften Band der Kölner Stadtgeschichte und urteilt, dies sei eine „Wohltat von Geschichtsbuch, lebendig und mitunter heiter, und doch kenntnisreich und klug. Wenn man so will, erbringt er den Beweis, dass rheinische Unterhaltsamkeit und strenge Wissenschaft kein Gegensatz sein müssen.“ Zudem stelle der Autor „außer seiner fesselnden Darstellung der Weimarer Jahre in Köln auch spannende, nicht selten beunruhigende Parallelen zur Gegenwart her: die Vergiftung des öffentlichen Diskurses durch das Aufkommen extremistischer Parteien, Menschen, die sich abgehängt fühlen von der hereingebrochenen Moderne, demokratische Parteien, welche vor lauter Kämpfen untereinander die Bedrohung des Systems erkennen.“

Cord Aschenbrenner stellt in der *Süddeutschen Zeitung*³⁸ das von **Wolfgang Niess** „sehr gut geschriebene [...], die Geschichte erhellende [...]“ Buch **Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburg Präsident wurde** vor und merkt an: „Wie schon andere verwirft Niess das Jahrzehnte gepflegte Bild des eigentlich wohlmeinenden, aber senilen Alten an der Staatsspitze, dessen Hilflosigkeit Hitler und andere geschickt auszunutzen wussten. Vielmehr sei Hindenburg eine ‚Zeitbombe‘ gewesen, gelegt eben im Schicksalsjahr 1925, die acht Jahre später die deutsche Demokratie zerstörte.“

„Musials chronologische Studie stützt sich vor allem auf die Zeugnisse von überlebenden Zeitzeugen unter den Häftlingsärzten, die er mit langen Zitaten immer wieder zu Wort kommen lässt. Zugleich hinterfragt er diese Quellen stets kritisch, insbesondere die Berichte von kommunistischen Überlebenden, fügt Korrekturen ein, weist auf Widersprüche hin und legt tendenziöse Aussageabsichten offen. Eine Idealisierung, gar Heroisierung einzelner Häftlingsärzte wird so zugunsten einer sachlichen, an keiner Stelle moralisierenden Bestandsaufnahme der eigentlich unlösbar Zwangslage der Häftlingsärzte im Lagerkosmos vermieden“ schreibt René Schlott in der FAZ³⁹ über **Lagermedizin in Auschwitz. Funktion und Dilemma der Häftlingsärzte 1940–1945** von **Bogdan Musial**, der darin Handlungsspielräume und Funktion der Lagerärzte in den Blick nehme und so ein „Grundlagenwerk“ geschaffen habe.

Mit seinem Buch **Der vergessene Widerstand. Jüdinnen und Juden im Kampf gegen den Holocaust** sei es Stephan Lehnstaedt gelungen, „die lange überfällige Gesamtgeschichte des jüdischen Widerstands in der Shoah“ zu liefern, urteilt Konstantin Sakkas in der *Frankfurter Rundschau*⁴⁰ und resümiert: „Lehnstaedts Buch, das den ‚Mythos der Passivität‘ der jüdischen Opfer fundiert widerlegt, ist ein weiterer Meilenstein in der Holocaustforschung.“

In der *Times*⁴¹ befasst sich Saul David mit **Allies at War. The Politics of Defeating Hitler** von Tim Bouverie und urteilt, von kleineren Ungenauigkeiten abgesehen, sei es dem Autor gelungen, „a fine reassessment of Allied politics and diplomacy during the Second World War: impeccably researched, elegantly written and compellingly argued“ vorzulegen.

Zwei Bücher, die sich mit der deutschen Form der Erinnerungskultur und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, stellt Sebastian Schoepp in der *Süddeutschen Zeitung*⁴² vor: **Zukunft der Erinnerung. Das deutsche Erbe und die kommende Generation** von Wolfgang Benz sowie **Der blinde Fleck. Die vererbten Traumata des Krieges – und warum das Schweigen in den Familien jetzt aufbricht** von Stephan Lebert und Louis Lewitan.

³⁷ Joachim Käppner, „Nur ein frohes Volk kann neue Zeiten bauen“, SZ, 22.4.2025.

³⁸ Cord Aschenbrenner, Der Monarchist mit der Zeitbombe, SZ, 22.4.2025.

³⁹ René Schlott, Die Schreibstube im Krankenbau war eine Fälschungswerkstatt, FAZ, 8.4.2025.

⁴⁰ Konstantin Sakkas, Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, Frankfurter Rundschau, 23.4.2025.

⁴¹ Saul David, Mistrust and rivalry – the building of an ‘improbable’ alliance against Hitler, The Times, 12.4.2025.

⁴² Sebastian Schoepp, Die dunklen Ecken der Erinnerungskultur, SZ, 5.5.2025.

Oliver Kühn befasst sich in der FAZ⁴³ mit **Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende** von **Sönke Neitzel** und stellt fest, das „Büchlein“ biete „einen guten Überblick über die siebzigjährige Geschichte der Bundeswehr“. Es komme aber auch die Frage auf, „warum eine kurze Geschichte der Bundeswehr quasi ein politischer Forderungskatalog geworden“ sei, denn „ein Autor vom Range Neitzels hätte dafür sicher andere und unter Umständen auch wirkmächtigere publizistische Mittel gefunden“.

In seinem Buch **Merkelismus – Die hohe Kunst der flachen Politik** mache **Martin Heipertz**, vormals EZB-Banker und Büroleiter von Wolfgang Schäuble, Angela Merkel für alle im Verlauf der Euro-Krise passierten Fehler verantwortlich, stellt **Werner Mussler** in der FAZ⁴⁴ fest: „In seinem Buch wendet er jede Situation gegen die Kanzlerin. Er lamentiert über das ‚System Merkel‘, ‚Angela Merkels Deutschland‘ oder die ‚Methode Merkel‘, nicht immer mit Bezug zur Euro-Krise. Solche Formulierungen spiegeln ein tief sitzendes Unbehagen an der Kanzlerin wider, wie es in der alten West-CDU, aus der Heipertz stammt, weit verbreitet war und ist. Dass erst mit ihr alles schlecht wurde, behauptet der Autor sogar mit Blick auf die Geschichte der Währungsunion.“

Daniel F. Nagl habe in seinem Buch **Die Aschermittwochsrede im Wandel: 1978, 2003, 2018** die Reden der CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber und Markus Söder beim Politischen Aschermittwoch in Passau miteinander in Beziehung gesetzt und damit einen „aufschlussreiche[n] Vergleich“ erstellt, konstatiert **Timo Frasch** in der FAZ⁴⁵ und merkt an, „die Lektüre von Nagls Buch lohnt sich als Zeitreise, von der man allerdings noch desillusionierter in die Gegenwart zurückkehrt, als man es sowieso schon ist“.

Gerrit ter Horst urteilt in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁶ über der von **Jens-Christian Wagner** und **Sybille Steinbacher** herausgegebene Sammelband **Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie** trage ein „lexikalische[s] Übersichtswissen über die extreme Rechte“ zusammen, merkt aber auch an: „Mehr Mut zum kleinen Teilaspekt, der auf die große Leinwand gezogen wird, hätte einem Band gutgetan, der sich manchmal zu sehr als Infobroschüre versteht. Wer den Krieg, auch den Informationskrieg, gewinnen möchte, der wird sich mit ein bisschen mehr Verve in die Schlacht werfen müssen. Es ist aber gut und wichtig, dass der geworfene Fehdehandschuh hier aufgenommen wird.“

In der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁷ weist **Robert Probst** auf die Darstellung **Stresstest AfD. Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus** von **Joachim Wagner** hin, der die Gerichtsurteile gegen die AfD unter die Lupe genommen habe, und bilanziert: „Im Grunde ist diese ganze gehaltvolle Analyse der wohl bisher umfangreichste juristische Kommentar zum Politikstil der AfD und zum Umgang der anderen Parteien mit diesen Demokratiefeinden.“

In seinem Buch **Europe without Borders: A History**, das sehr aktuell sei, beschreibe **Isaac Stanley-Becker** „den Weg zur europäischen Freizügigkeit – und zeigt auf, dass dieser sich von Anfang an in einem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Freiheit und Sicherheit bewegt hat“ konstatiert **Tim Niendorf** in der FAZ⁴⁸.

Im *Times Literary Supplement*⁴⁹ befasst sich **Sarah Baxter** mit **All or nothing: How Trump recaptured America**, dem vierten Buch von **Michael Wolff** über Donald Trump, und urteilt: „The book feels authentic, and in Trumpworld that is what counts. Wolff is peerless at evoking the manic energy, chaos and rivalries of Trump’s court. To the amazement of even his closest

⁴³ Oliver Kühn, Eine Zeitenwende dauert 20 Jahre, FAZ, 8.4.2025.

⁴⁴ Werner Mussler, Merkel war an fast allem schuld, FAZ, 7.4.2025.

⁴⁵ Timo Frasch, Bei Strauß war das Niveau höher, FAZ, 15.4.2025.

⁴⁶ Gerrit ter Horst, Basteln an der „zweiten Geburt“, SZ, 17.4.2025.

⁴⁷ Robert Probst, Aussichtsloser Umweg zur Macht, SZ, 22.4.2025.

⁴⁸ Tim Niendorf, Grenzenlos war Europa nie, FAZ, 8.4.2025.

⁴⁹ Sarah Baxter, Showman must go on – Donald Trump’s comeback, by his Boswell and nemesis, TLS, 4.4.2025.

associates, the disgraced president gambled everything on a rip-roaring comeback and won. Defiance of the law of political gravity is the gift that keeps giving for the American president – and for Wolff, his master chronicler, who writes with a zest and brio worthy of his subject's „joie de guerre“.

Fintan O'Toole betrachtet in der *New York Times*⁵⁰ **Uncharted: How Trump Beat Biden, Harris, and the Odds in the Wildest Campaign in History** von **Chris Whipple**, der – auf die Berichte von Insidern gestützt – die verlorene Präsidentschaftswahlkampagne der Demokraten 2024 betrachtet und damit eine lebendige, fesselnde, aber manchmal auch frustrierende Chronik der Ereignisse vorgelegt habe.

Thomas Speckmann stellt im *Cicero*⁵¹ drei Bücher vor, die „Einblick in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Osteuropas“ geben können: **Ukraine. Biographie einer bedrängten Nation** von **Yaroslav Hrytsak**; **Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario** von **Carlo Masala** sowie **Eisiges Schweigen flussabwärts. Eine Reise von Moskau nach Berlin** von **Michael Thumann**.

Der Literaturwissenschaftler **Riccardo Nicolosi** habe eine „konzise Studie“ zu **Putins Kriegsrhetorik** vorgelegt und analysiere darin „Wladimir Putins durchaus unterdurchschnittliche rhetorische Fähigkeiten“ merkt *Kerstin Holm* in der FAZ⁵² an.

In der *Sunday Times*⁵³ merkt *Dominic Sandbrook* an, **The World of the Cold War, 1945–1991** von **Vladislav Zubok**, sei ein guter Anfang, um zu verstehen, warum Wladimir Putin dem Westen gegenüber mit so viel Verbitterung gegenüberstehe. Geboren und ausgebildet in Moskau mit genauen Kenntnissen der sowjetischen Quellen, stelle Zubok die zum Nachdenken anregende These auf, der Löwenanteil der Verantwortung für den ideologischen Konflikt liege bei der USA: „He writes that western observers exaggerated the dangers of the exhausted Red Army, overestimated the potential of the sclerotic Soviet economy and dismissed the deep patriotism – or, perhaps, nationalism – of the Russians.“

Andrea Nüsse stellt im *Tagesspiegel*⁵⁴ zwei Bücher vor, die sich mit dem durch den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober ausgelösten Krieg in Gaza beschäftigen und die sich ergänzen in der Darstellung: **Die Welt nach Gaza** von **Pankaj Mishra** sowie **Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza. Hintergrund, Eskalation, Folgen** von **Muriel Asseburg**.

Das „Buch führt zurück zu den unverzichtbaren historischen Grundlagen und damit zu einer politischen Darstellung des für jede Friedensbemühung verlorenen Jahrhunderts; in die Zukunft blickt es nicht“, lautet die Einschätzung von *Wolfgang Matz* in der FAZ⁵⁵ über **Palästina 1936. Der Große Aufstand und die Wurzeln des Nahostkonflikts** von **Oren Kessler**, der darin deutlich mache, „dass dieser Konflikt, der politische, religiöse, ethnische und längst auch ideologische Faktoren heillos verwirrt, sich bereits über hundert Jahre in nahezu gleichbleibender Härte hinzieht“.

In der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁶ präsentiert *René Schlott* eine unter dem Titel **Genozid, Holocaust und Israel – Palästina. Geschichte im Selbstzeugnis** veröffentlichte Sammlung der Aufsätze des israelischen Holocaust-Forschers *Omer Bartov*, der darin „mit einer beeindruckenden empathischen Doppelperspektive auf den Nahen Osten“ blicke.

Matthias Oppermann betrachtet in der FAZ⁵⁷ den in der Zeitschrift **Modern Intellectual History** erschienenen Aufsatz **Competitiveness, Civilizationism, and the Anglosphere**:

⁵⁰ Fintan O'Toole, Why Did Democrats Let Biden Keep Running in 2024?, *The New York Times*, 7.4.2025.

⁵¹ Thomas Speckmann, Literaturen – Der längere Weg nach Westen, *Cicero*, 17.4.2025.

⁵² Kerstin Holm, Er sucht gar nicht erst nach überzeugenden Worten, FAZ, 9.5.2025.

⁵³ Dominic Sandbrook, Should we blame the US for the Cold War?, *The Sunday Times*, 11.5.2025.

⁵⁴ Andrea Nüsse, Zwei Bücher zum Gazakrieg, *Der Tagesspiegel*, 15.4.2025.

⁵⁵ Wolfgang Matz, Am Hass scheitern, FAZ, 25.4.2025.

⁵⁶ René Schlott, Mit klarem Blick auf beide Seiten, SZ, 28.4.2025.

⁵⁷ Matthias Oppermann, Der Australier verstand die englische Sphäre politisch, FAZ, 23.4.2025.

Kenneth Minogue's Place in Conservative Thought von **Sean Irving**, der sich darin mit der Rolle des bislang wenig untersuchten Vordenkers der britischen Konservativen Partei und deren Haltung zur „Anglosphäre“ auseinandersetzt. Er stelle dazu eine nicht überzeugende These auf: „Es geht ihm nicht allein darum, Minogues Platz innerhalb des britischen politischen Denkens im zwanzigsten Jahrhundert zu bestimmen. Vielmehr nutzt er Minogue als Fallbeispiel, um mittels des Konstrukts eines ‚civilizational turn‘ den gesamten britischen Konservatismus seit den Fünfzigerjahren an den Pranger zu stellen. Das tut er behutsam und höflich im Ton, aber mit einer ideologischen Entschiedenheit, die keine Fragen offenlässt. Für ihn führt eine mehr oder weniger gerade Linie vom Thatcherismus zu einer ethnisch, wenn nicht ‚rassisches‘ aufgeladenen Ideologie der Anglosphäre, zu deren frühen Propagandisten Minogue gehöre und die später das Denken und Handeln der Brexiteers bestimmt habe.“

„Das Buch gibt eine neue Antwort auf das sogenannte Solow-Paradox, also die Frage, warum sich die Verbreitung von Computern und Informationstechnologie nicht in verbesserter Produktivität manifestiert. Einerseits ist Sharma hayekianisch inspiriert, andererseits beunruhigt ihn die zunehmende Ungleichheit so wie die Linken. Das Buch ist unbedingt lesenswert“, lautet die Einschätzung von *Erich Weede* in der FAZ⁵⁸ über **What Went Wrong with Capitalism** von **Ruchir Sharma**.

Im *Times Literary Supplement*⁵⁹ stellt *Padraic X. Scanlan* drei Bücher vor, die den Sklavenhandel und seine Folgen, auch in Südamerika und der Karibik, in den Blick nehmen: **Humans in Shackles: An Atlantic history of slavery** von **Ana Lucia Araujo**; **Atlantic Cataclysm: Rethinking the Atlantic slave trades** von **David Eltis** sowie **Enslavement: Past and present** von **Orlando Patterson**.

In ihrem Buch **Keplerstraße 2. Innenansichten geisteswissenschaftlicher Forschung** schilderten der Historiker **Ewald Frie** und der Soziologe **Boris Nieswand**, die zwölf Jahre lang am Sonderforschungsbereich „Bedrohte Ordnungen“ gearbeitet haben, die Wirkung, die diese Verbundprojekte im universitären Leben entfalten können, schreibt *Maximilian Benz* in der FAZ⁶⁰: „Diesseits der Unterrichtung einer größeren Öffentlichkeit über wesentliche Ergebnisse der konkreten Ordnungsforschung liefert die Monographie, wie sicherlich alle, die an einem solchen Projekt einmal beteiligt waren, bestätigen werden, in exemplarischer Weise authentische Einblicke durch eine ‚ethnografische und mikrohistorische Perspektive auf Praxisfelder‘ geisteswissenschaftlicher Arbeit.“

⁵⁸ Erich Weede, Den Kapitalismus zu Tode retten, FAZ, 22.4.2025.

⁵⁹ Padraic X. Scanlan, A bad business – Recalculating the economic gains of slavery, TLS, 4.4.2025.

⁶⁰ Maximilian Benz, Sie gewähren sich ein Ohr, FAZ, 9.4.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)